

Mitteilungen

FOLGE 195
MÄRZ 2010

„DURCHAUS ERTRÄGLICH“? ALLTAG IM ANHALTELAGER WÖLLERSDORF

Pia Schönberger

Auch in Österreich reichte ab 1933 bereits der Verdacht „staats- und regierungsfeindlicher Bestrebungen“ aus, um politische GegnerInnen in Anhaltelager wie Wöllersdorf bei Wiener Neustadt einweisen zu können. Das bedeutete für die Häftlinge nicht nur Freiheitsentzug, sondern führte in vielen Fällen zur Existenzgefährdung ihrer Familien.

Pia Schönberger ist Projektmitarbeiterin am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Wien. Ende 2009 erschien im StudienVerlag die von ihr gemeinsam mit Susanne Helene Betz und Monika Löscher herausgegebene Publikation „... Mehr als nur ein Sportverein – 100 Jahre Hakoah 1909–2009“. Sie arbeitet derzeit an ihrer Dissertation über das Anhaltelager Wöllersdorf.

Das Ende der Diskussion

Der 17. Oktober 1933, an dem das Anhaltelager Wöllersdorf mit der Internierung von elf Personen in Betrieb genommen wurde, stellte den vorläufigen Endpunkt der internen Machtkämpfe der Regierung Dollfuß des Jahres 1933 dar. Die seit August geführten, teils heftigen Diskussionen im Ministerrat über die Verordnung betreffend die „Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen zum Aufenthalte in einem bestimmten Orte oder Gebiete“ (BGBl. 431/1933) hatten die großen Differenzen unter den einzelnen Regierungsangehörigen offen zutage gefördert und dienten Dollfuß und seinen Heimwehrministern als willkommenen Auslöser für eine Regierungsumbildung.

Der Wunsch der Christlichsozialen Partei nach Beseitigung der österreichischen Demokratie war bereits im März 1933 mit der Ausschaltung des Parlaments in Erfüllung gegangen. Bis zum Inkrafttreten der Maiverfassung und des Österreichischen Ermächtigungsgesetzes 1934 regierte Dollfuß auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 und forcierte nun den Zweifrontenkrieg gegen die österreichische Linke und, in Reaktion gegen den politischen Druck aus Deutschland, auch gegen den Nationalsozialismus. Mit der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes und dem Verbot der Betätigung für die Kommunistische Partei ging die De-facto-Aufhebung

demokratischer Grundrechte wie der Versammlungs- und Pressefreiheit Hand in Hand. Im Juni 1933 wurde infolge verstärkter nationalsozialistischer Terroranschläge schließlich auch die Betätigung für die NSDAP verboten. Die regierungsinternen Machtkämpfe zwischen Heimwehr und Christlichsozialen sowie Landbund waren Dollfuß und seinen Mitstreitern, die ohnehin große Probleme hatten, eine Massenbasis für ihr Regime zu etablieren, seit Längerem ein Dorn im Auge.

Nachdem er sein Programm zur Errichtung eines „sozialen, christlichen Staates auf ständischer Grundlage unter autoritärer Führung“ am 11. September 1933 im Rahmen des Katholikentages bekannt gemacht hatte, erfolgte wenige Tage später die Regierungsumbildung, bei der Dollfuß neben dem Amt des Bundeskanzlers auch jenes des Sicherheitsministers übernahm und die Landbundangehörigen Franz Winkler, Vinzenz Schumy und Franz Bachinger wie auch der ebenfalls unlieb-



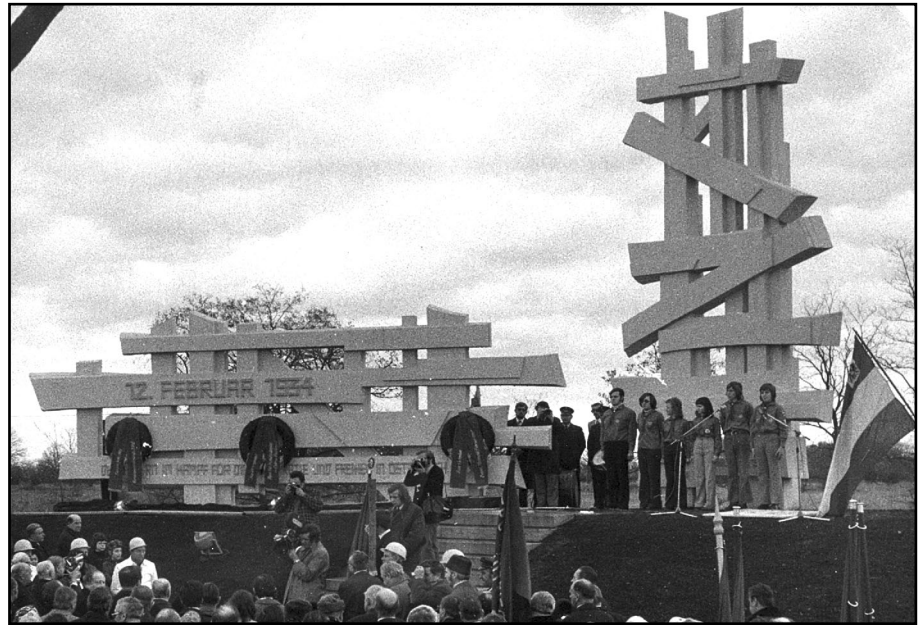
Das Anhaltelager Wöllersdorf (NÖ) – errichtet auf dem Gelände der stillgelegten k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf – wurde im Oktober 1933 in Betrieb genommen. (Foto: DÖW)

sam gewordene Heeresminister Carl Vaugoin endgültig aus der Bundesregierung ausschieden. Auslösendes Moment hierfür war das Abstimmungsverhalten bei der vor allem von Emil Fey und Dollfuß forcierten Erlassung der sogenannten Anhalteverordnung gewesen, deren Durchsetzung erst nach der personellen Umbesetzung gelang.

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung

Nicht zuletzt der deutliche Bezug zu Dachau, einem der ersten nationalsozialistischen Konzentrationslager, das im März 1933, nicht weit entfernt von der österreichischen Grenze gegen politisch Oppositionelle errichtet worden war und unter anderem durch seine Lagerordnung „Modellcharakter“ für die unzähligen weiteren deutschen Konzentrationslager erhalten hatte, stellte ein wichtiges Argument für diejenigen Regierungsmitglieder dar, die sich gegen die Errichtung österreichischer Lager aussprachen. Man wolle in einem Land der Zivilisation bleiben und nicht die deutschen Methoden nachahmen, wurde z. B. seitens des Landbundes eingewendet. Heimwehrminister wie Odo Neustädter-Stürmer, der sich im Übrigen bereits hinsichtlich der Parlamentsausschaltung für die „Überhitlerung“, also die verstärkende Nachahmung des Nationalsozialismus vor allem im Kampf gegen den „Marxismus“, ausgesprochen hatte, meinten allerdings, nur mit „Sammellagern“ wirkungsvoll gegen Staats- und Regierungsfeinde vorgehen zu können. Denn ein Lager zu errichten ermöglichte vor allem eines: Die vorbeugende Internierung politisch Missliebiger, unabhängig von gerichtlichen oder polizeilichen Verurteilungen, unabhängig davon, ob sie sich eines Deliktes schuldig gemacht hatten oder nicht.

So kam es Ende September 1933 zur Erlassung der Anhalteverordnung und wurden Objekte der stillgelegten k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf (NÖ) zu Lagerubikationen umfunktioniert. Um dem naheliegenden Vergleich mit deutschen Konzentrationslagern entgegenzutreten, bezeichnete man diese neu geschaffene Möglichkeit, sich politisch verdächtiger Personen zumindest für eine gewisse Zeit zu entledigen, als „Anhaltung“ bzw. „Anhaltelager“ und erließ sogar ein Verbot der Verwendung des Begriffes „Konzentrationslager“. Mit dem ersten Häftlingstransport am 17. Oktober 1933 wurden elf aufgrund von nationalsozialistischer Betätigung vom Bezirkspolizeikommissariat



Das von der SPÖ gestiftete Mahnmal zum Gedenken an die nach dem Februar 1934 in Wöllersdorf inhaftierten Funktionäre der Arbeiterbewegung wurde am 12. Februar 1974 enthüllt. Nach dem Verbot der Betätigung für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei im Zuge der Februarkämpfe 1934 waren unzählige sozialdemokratische Mandatäre nach Wöllersdorf überstellt worden. (Foto: DÖW)

Schlading (Stmk.) verhaftete Personen nach Wöllersdorf überstellt. Die einzige Frau unter ihnen, eine 34-jährige Lehrerin aus Kindberg, wurde wenige Tage später aufgrund eines Ekzems in das Krankenhaus Wiener Neustadt abgegeben, am 2. November nach Wöllersdorf rücküberstellt, jedoch aufgrund Diphtherieverdachts sofort wieder in das Krankenhaus eingewiesen. Sie sollte der einzige weibliche Wöllersdorfer Häftling bleiben, hinsichtlich aller anderen angehaltenen Frauen erfolgte hinfort die Abgabe in die Polizeigefängnisse, wo sie ihre Anhaltung im Frauentrakt verbüßten. Bei der Diskussion um die Einrichtung von Lagern war zwar besonders die für notwendig erachtete Trennung von kriminellen und politischen Häftlingen ins Treffen geführt worden, der gemeinsamen Inhaftierung politischer und krimineller weiblicher Häftlinge maß man jedoch offenbar nicht dieselbe Bedeutung zu – wie man überhaupt der Frau im Austrofaschismus selbstständiges Handeln und Denken weitgehend absprach. Damit einhergehend mag auch der ökonomische Aspekt eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben, hätte doch die Einrichtung eigener „Frauenobjekte“ in Relation zum geringen Anteil weiblicher Anhaltelhäftlinge (ca. 1 % der Angehaltenen) wohl zu viel gekostet.

Die Anhalteverordnung, die im September 1934 von einem eigenen Anhaltgesetz (BGBl. 253/1934) abgelöst wurde, sah vor, „Personen, die im begründeten Ver-

dachte stehen, staatsfeindliche oder sonstige die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Begehung oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen“, „zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum Aufenthalte in einem bestimmten Orte oder Gebiete“ zu „verhalten“. Viele Anhaltungen wurden damit begründet, dass jemand als nationalsozialistischer Parteigänger bzw. als Anhänger der Kommunistischen Partei bekannt sei. Dazu wurden bereits verbüßte Gerichts- und Polizeistrafen aufgrund von politischer Betätigung aufgelistet, um den Wiederholungscharakter zu betonen und damit die vorbeugende Arretierung zu rechtfertigen. Dies ging bis zur Behauptung der „geistigen Führerschaft“ politischer Handlungen, wie dem Austeilen kommunistischer Flugzettel oder Streuen papierener Hakenkreuze, wenn der/die TäterIn selbst nicht ausgeforscht werden konnte.

Das Verbot der Betätigung im Sinne der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das im Zuge der Februarkämpfe erlassen wurde, machte man sich insofern zunutze, als unzählige sozialdemokratische Mandatäre mit der Begründung nach Wöllersdorf eingewiesen wurden, dass sie – vor dem Parteiverbot – eine führende Stellung in dieser Partei innegehabt hatten. Diese Politiker wurden also rückwirkend einzig für ihre parteipolitische Position bestraft, da

ihnen, wie in der Berufungskorrespondenz stets festgehalten wurde, keinerlei direkte Beteiligung an den Februarkämpfen nachgewiesen werden konnte. Während diese Funktionäre also nach einigen Wochen in den Polizeigefangenhäusern im April 1934 in großen Transporten nach Wöllersdorf verbracht wurden, verbüßten die im Zuge der Kämpfe Verurteilten ihre gerichtlichen Strafen in den Justizanstalten und wurden erst im Anschluss daran in das Anhaltelager überstellt.

Die Verurteilung der Juliputschisten erfolgte hingegen aufgrund des ebenfalls rückwirkenden sogenannten Putschistengesetzes vom 30. Juli 1934 (BGBl. 163/1934), wobei die als am Putsch „minderbeteiligt“ Eingestuft sofort angehalten und in großen Transporten vor allem im September 1934 nach Wöllersdorf eingewiesen wurden. Die „schwere Zwangsarbeit“, zu der sie hierbei verurteilt wurden, unterschied sich nach ersten Untersuchungen kaum von den einfachen Arbeiten der anderen Häftlinge, wie auch sonst die äußeren Lebensbedingungen in Wöllersdorf nicht allzu beschwerlich waren; eine Einschätzung, die allerdings nicht für die in vielen Zeugnissen beschriebenen, mangelhaften Zustände in den Polizeigefangenhäusern oder in anderen Anhaltelagern wie beispielsweise Messendorf bei Graz gelten kann.

Alltag im Lager

Auch wenn die Anklänge der österreichischen Anhaltelager an die frühen deutschen Konzentrationslager unverkennbar sind, unterschieden sich die Verhältnisse in Wöllersdorf doch von Beginn an gravierend von den deutschen, was sich allein an den unterschiedlichen Überlebenschancen zeigt: In Wöllersdorf wurde weder gehungert noch gefoltert noch gemordet. Selbstmordversuche konnten meistens früh genug entdeckt und die Betroffenen, bis auf wenige Ausnahmen, am Leben erhalten werden. Physisch oder psychisch erkrankte Häftlinge wurden in die Marodenstation, bei schwerwiegenderen Zuständen in Krankenhäuser abgegeben. Freilich blieb das Lager auch nicht von Ungezieferplagen und Seuchen verschont. Allerdings zeigt sich fallweise ein exzeptionell schlechter Umgang mit einzelnen Angehaltenen: Der große Schulreformer Otto Glöckel beispielsweise bezahlte die schlechte medizinische und höchst schikanoöse Behandlung in der Roßbauerlande und seine anschließende, verhältnismäßig lange Anhaltung in Wöllersdorf mit dem Le-

ben. Er zählte zu den ersten Inhaftierten des 12. Februar und wurde erst Ende Oktober 1934 entlassen, obwohl bereits zu Beginn feststand, dass er nicht an den Kämpfen beteiligt gewesen war. Trotz ärztlicher Gutachten, die aufgrund der ernstlichen Erkrankung des 60-Jährigen zu einer raschen Entlassung geraten hatten, sowie zahlreicher Gnadengesuche von Organisationen und Politikern aus der ganzen Welt ließ sich Dollfuß – und nach dessen Ermordung Schuschnigg – nicht erweichen. Glöckel, der wenige Monate nach seiner Entlassung verstarb, kann als eines der tragischsten Opfer der austrofaschistischen Anhaltung gesehen werden.

ebenso langweilig wie von kasernierten Soldaten, die keinen Dienst zu machen brauchen. Es gab weder Zellen noch Pritschen. Alle Häftlinge, meist junge Bur-schen, hatten Photographien ihrer Freundinnen und Angehörigen oder Bilder von (streng arischen) Filmstars über ihren Betten hängen. Es konnte unbeschränkt geraucht werden. Ich unterhielt mich gänzlich ungezwungen mit den Nazi, ohne daß irgendein Wärter oder Wachtposten zugegen gewesen wäre. Sie beschwerten sich lebhaft über die Lagerkost, obwohl sie sich ihre eigenen Lebensmittel in einer Lagerkantine kaufen konnten. Besondere Klagen wurden über den Zusatz von Brom



Am 2. April 1938 wurden Objekte des in „Wöllersdorf-Trutzbürg“ umbenannten Anhaltelagers im Zuge einer propagandistischen Großveranstaltung in Brand gesetzt. Ebenfalls am 2. April traf der erste Transport mit 150 österreichischen Häftlingen im KZ Dachau ein. (Foto: DÖW)

Fluchtversuche aus dem Anhaltelager glückten nicht selten, da immer wieder Hilfeleistungen seitens des Wachpersonals stattfanden bzw. der Kontakt nach draußen in den meisten Fällen relativ einwandfrei funktionierte – Wöllersdorf war alles andere als ein hermetisch abgeriegeltes Biotop.

Der britische Journalist G. E. R. Gedye, dem die Erlaubnis erteilt worden war, 1933 Dachau und 1934 Wöllersdorf zu besuchen, zeichnete folgendes Bild von Wöllersdorf: „Die Nazi, die in dauernder Verbindung mit der Außenwelt standen, hatten Schauermärchen über ihre Leiden in Wöllersdorf verbreitet. Sicher war es dort an öden Wintertagen fast ebenso ungemütlich wie in den Militärbaracken der Kitchenerarmee während eines Kriegswinters. Aber im April 1934 war das Leben ganz angenehm, wenn auch ungefähr

zum Tee geführt. Sie brauchten nicht wie die Häftlinge deutscher Konzentrationslager Zwangsarbeit zu leisten, sondern mußten nur um 6 Uhr aufstehen, ihre Baracken reinigen und eine Stunde lang gymnastische Übungen machen; um 21 Uhr mußte wieder das Licht ausgelöscht werden. Ansonsten konnten sie über ihre Zeit frei verfügen und schienen sie hauptsächlich mit Fußball, Sonnenbaden und Lesen unter den Bäumen zu verbringen. Am ernstesten beschwerten sich alle Nazi mir gegenüber über das Verbot des Gemeinschaftssingens.“

Schenkt man den Berichten ehemaliger Angehaltener aus allen politischen Lagern Glauben, stellte die weltanschauliche Weiterbildung der Häftlinge untereinander eine wichtige Tagesbeschäftigung dar. Zumindest bis Mitte 1936, als Häftlinge zunehmend entlassen und die verbliebenen

in wenige Objekte zusammengelegt wurden, waren die sozialdemokratischen, kommunistischen und nationalsozialistischen Häftlinge jeweils gemeinsam in eigenen Objekten untergebracht – ab Juli 1934 gab es ein eigenes Objekt für die Kanzleramtsputschisten, später kamen Räumlichkeiten für die freien Gewerkschafter hinzu. Die Objekte wiesen Belagstärken von ca. 100 bis zu 900 Betten auf, wobei sich die Häftlinge innerhalb der Objekte und der daran angegliederten Außenflächen, die durch Stacheldraht eingegrenzt waren, frei bewegen konnten. Der Kommunist Fritz Probst berichtet beispielsweise von einer geheimen Bibliothek in seinem Anhalteobjekt, wo er mit Angehörigen des illegalen Zentralkomitees der KPÖ untergebracht war, sowie von einer Art „Stundenplan“, der festlegte, welcher Unterricht zu welcher Tageszeit abgehalten wurde. So fanden in Wöllersdorf regelmäßig Kurse in marxistischer Theorie, materieller Ökonomie etc. für die angehaltenen Kommunisten statt. Der ebenfalls in Wöllersdorf angehaltene illegale Gauleiter für das Burgenland, Tobias Portschy, beschreibt seine Anhaltung folgendermaßen: „Der Aufenthalt im Anhaltelager war für begeisterte Nationalsozialisten durchaus erträglich. Sie fanden in den großen Hallen nicht allein zu Besprechungen, sondern zu regelmäßigen Schulungsvorträgen reichlich Gelegenheit, so dass das Lager seinen Zweck völlig verfehlte: es wurde nämlich in eine politische Hochschule umgewandelt. Als Jurist hatte ich vom Tage der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland größtes Interesse an den erlassenen Gesetzen gefunden. Ich beherrschte daher den Stoff der n.s. Gesetzgebung genauestens. Unser Hallensprecher hatte daher selbstverständlich mich zum Vortragenden über diese Materie bei den wöchentlichen Schulungsabenden bestimmt. Man kann sich vorstellen, welches großes Interesse alle, aber wirklich alle Mithäftlinge für die Materie der schon im Jahre 1933 erlassenen Reichsgesetze aufbrachten [...]“.

In Wöllersdorf angehalten zu sein bedeutete jedoch vor allem, von einem faschistischen Unrechtsregime des Menschenrechtes auf persönliche Freiheit beraubt zu sein. Die den Häftlingen auferlegte Schikane bezog sich somit nicht so sehr auf äußerliche, körperliche Lebensbedingungen im Lager, sondern bestand vielmehr in der Ausübung psychischer Gewalt, dem langen Getrenntsein von den Angehörigen, dem Nichtstun, dem Zusammengepferchtsein. Erst nach vielen Häftlingsde-

Jahresversammlung des DÖW 2010

Die traditionelle Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes findet heuer am **Dienstag, den 9. März 2010** um 18.00 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses (Wipplingerstraße 8, 1010 Wien) statt. Festrednerin ist Nationalratspräsidentin Mag.^a **Barbara Prammer**. Im Rahmen der Festveranstaltung wird die Wiener Schriftstellerin **Christine Nöstlinger** mit dem *Willy und Helga Verlaufspreis 2009 für österreichische antifaschistische Publizistik* ausgezeichnet.

Der Auflage für Wien, Niederösterreich und Burgenland liegen gesonderte Einladungen bei.

monstrationen, Petitionen an Bundeskanzleramt und Lagerkommandantur sowie Hungerstreiks wurde beispielsweise die Dauer der Anhaltung im Voraus befristet. Die Angehaltenen waren bis dahin für unbestimmte Zeit nach Wöllersdorf verbracht worden und hatten sich in dem permanenten, quälenden Zustand der Ungewissheit befunden. Haftneurosen und andere akute psychische Erkrankungen waren in Wöllersdorf an der Tagesordnung. Damit verbunden war das bislang wenig untersuchte Unterdrückungsinstrument des Vermögensentzuges. 6 Schilling kostete jeden Häftling ein Tag im Anhaltelager – in Anbetracht der Tatsache, dass eine große Zahl der Angehaltenen arbeits- und vermögenslos, häufig auch ausgesteuert war und gleichzeitig mitunter mehrköpfige Familien zu erhalten hatte, eine Menge Geld. Kaum verwunderlich, dass das bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung von 14 Schilling pro Woche kaum jemand bezahlen konnte. Dazu verloren die Häftlinge ab September 1934 für die Dauer ihrer Anhaltung ihnen zustehende Renten aus der österreichischen Sozialversicherung und der Invalidenentschädigung. Stand jemand zum Zeitpunkt der Verhaftung in einem Arbeitsverhältnis, verlor er dieses während der Anhaltung. Tausende Gnadengesuche verzweifelter Ehefrauen und Eltern, die vom Verdienst ihrer Ehemänner und Söhne abhängig waren, zeugen von dem unsagbaren Elend, das die Anhaltelager in den desolaten Jahren nach der Weltwirtschaftskrise noch verstärkten.

Zweck verfehlt

Der „Zweck der Anhaltung“, den Portschy eindeutig nicht erfüllt sah, war von den Austrofaschisten so definiert: „Es ist gewiss notwendig und anerkanntenswert, bei staatsfeindlichen Propagandaaktionen jeder Art die unmittelbaren Täter auszufor-

schen und der gebührenden Strafe zuzuführen. Damit allein darf es aber nicht sein Bewenden haben. Es muss vielmehr alles daran gesetzt werden, die illegalen Organisationen als solche aufzudecken, die Funktionäre zu ermitteln, zu verhaften, durch exemplarische Strafen und durch Anhaltung möglichst lange auszuschalten und auf diese Weise den illegalen Apparat lahmzulegen, zu zerstören.“ Dieser Anspruch ist auf allen Linien gescheitert. Weder die illegalen Organisationen der linken Opposition noch der Nationalsozialisten wurden durch das System der Anhaltung geschwächt oder dauerhaft lahmgelegt. Die Nationalsozialisten konnten ihre Unterwanderung mit dem Juliabkommen 1936 nun auch offiziell fortsetzen, die Anhaltelhäftlinge wurden in größeren Zahlen amnestiert, bis nur noch wenige hundert in einem Objekt konzentriert waren. Nach der Generalamnestie im Februar 1938 diente die Inbrandsetzung einzelner Objekte des in „Wöllersdorf-Trutzdorf“ umbenannten Lagers im April 1938 als propagandistische Großveranstaltung der neuen Machthaber. Teile des Inventars des Anhaltelagers wurden später im NS-Konzentrationslager Mauthausen weiterverwendet.

Zur Durchführungspraxis der Anhaltengesetzgebung siehe ausführlich den Beitrag *Wöllersdorf – Die Anfänge* der Autorin im DÖW-Jahrbuch 2010.

Für das Zitat aus dem Tagebuch Tobias Portschy sei Ursula Mindler sowie Herrn Portschy herzlich gedankt.

Die Autorin ist auf der Suche nach weiteren Zeugenaussagen und Dokumenten über das Anhaltelager Wöllersdorf.

Kontaktadresse:

Mag. Pia Schölnberger, Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Schottenbastei 10–16, 1010 Wien, e-mail: pia.schoelnberger@univie.ac.at.

WIR BETRAUERN

Erwin **Rennert**, der als Jugendlicher nach dem „Anschluss“ 1938 Österreich verlassen musste und u. a. seine Lebenserinnerungen im DÖW (*der welt in die quere* sowie *fast schon amerikaner*) vorstellte, verstarb am 2. November 2009 im 84. Lebensjahr.

WIR GRATULIEREN

Bundesminister a. D. Rudolf **Edlinger**, seit 2003 Präsident des DÖW, erhielt die *Bürgerurkunde der Stadt Wien*. Bürgermeister Dr. Michael Häupl hob in seiner Laudatio insbesondere Edlingers Arbeit für die Stadt Wien (als Wohnbaustadtrat und Finanzstadtrat) und dessen demokratiopolitisches Engagement hervor.

Der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Univ.-Doz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte **Bailer-Galanda** wird von der Universität Wien mit Wirkung 1. 10. 2010 die *Honoraryprofessur für Zeitgeschichte* verliehen.

Der Präsident des Österreichischen Verwaltungsgerichtshofes, DÖW-Vorstandsmitglied Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens **Jabloner**, erhielt das *Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien*.

DÖW-Kuratoriumsmitglied HR Marko M. **Feingold**, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, wurde mit dem heuer erstmals verliehenen *Kurt Schubert Gedächtnispreis für interreligiöse Verständigung* ausgezeichnet.

Kammerschauspielerin Elisabeth **Orth-Obonya**, Präsidentin der Aktion gegen den Antisemitismus und Mitglied des DÖW-Kuratoriums, wurde das *Bundes-Ehrenzeichen 2009* für ihr Engagement für Toleranz und Menschenrechte verliehen. Ebenfalls ausgezeichnet wurden u. a. Wilhelm **Mernyi** (Mauthausen Komitee Österreich), Waltraud **Riegler** (Bildungs- und Heimatwerk NÖ) und Otto **Tausig** (Entwicklungshilfeklub).

Die Wiener Grüne Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete Cécile **Cordon**, Mitglied des Vorstandes der Theodor Kramer Gesellschaft, wurde mit dem *Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien* geehrt.

Oskar Wiesflecker (1919–2009)

Der Publizist Oskar Wiesflecker, Obmann des Bundesverbands österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband) und Vizepräsident des DÖW, verstarb am 3. Dezember 2009 im Alter von 90 Jahren.

Oskar Wiesflecker, geboren am 18. Mai 1919 in Wien, engagierte sich schon früh in der sozialistischen Bewegung. Nach dem Verbot aller sozialdemokratischen Organisationen im Februar 1934 betätigte er sich in einer antifaschistischen Pfadfindergruppe. Im März 1938 wurde er wegen Verdachts der staatsfeindlichen Betätigung von der Gestapo festgenommen und blieb sechs Wochen in Haft. Es folgte die Einberufung zum Reichsarbeitsdienst nach Leipzig und anschließend zur Deutschen Wehrmacht, wo er Anschluss an eine kleine Gruppe Österreichbewusster fand. 1944 unterstützte er in Italien eine italienische Widerstandsgruppe und konnte schließlich in die Berge flüchten.

Nach Kriegsende kehrte Oskar Wiesflecker nach Wien zurück. Er publizierte Lyrik, Erzählungen und Kurzgeschichten und war zunächst als Österreich-Korrespondent verschiedener deutscher und französischer Zeitungen tätig. 1950–1956 war er Redakteur bei der Wochenzeitung *Der neue Vorwärts*, 1955–1990 freier Mitarbeiter der *Volksstimme* und der *Stimme der Frau*. Ab 1960 war Oskar Wiesflecker Chefredakteur der Zeitschrift *Der Widerstandskämpfer – Résistance Unie*, des Organs der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), dessen Ehrenpräsidium er u. a. angehörte. Bis zu seinem Tod war er Chefredakteur der Zeitung des KZ-Verbands *der neue Mahnruf*.

In seiner publizistischen Tätigkeit, seiner unermüdlichen Arbeit im KZ-Verband und nicht zuletzt mit seinem Engagement im Vorstand des DÖW setzte sich Oskar Wiesflecker insbesondere für die gesellschaftliche Wahrnehmung und Anerkennung des Widerstands und der österreichischen WiderstandskämpferInnen ein. Im Sinne seiner Grundüberzeugung „Nie wieder!“ trat er für Frieden, politische und soziale Menschenrechte und Demokratie ein. Sein Anliegen als Zeitzeuge war die Vermittlung einer toleranten Grundhaltung – nur Nazis und Neonazis gegenüber kannte Oskar Wiesflecker keinerlei Toleranz.

Karl Stuhlpfarrer (1941–2009)

Em. Univ.-Prof. Dr. Karl Stuhlpfarrer, Historiker am Institut für Zeitgeschichte der Universität Klagenfurt, Mitglied der Historikerkommission der Republik Österreich und dem DÖW als Kuratoriumsmitglied stets eng verbunden, starb am 5. November 2009 im Alter von 68 Jahren.

Karl Stuhlpfarrer wurde am 23. September 1941 in Wien geboren. Nach dem Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien begann er 1968 seine Hochschullaufbahn als Vertragsbediensteter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. In seiner Habilitationsschrift befasste er sich umfassend mit dem Programm und der Durchführung der Umsiedlung der SüdtirolerInnen in das nationalsozialistische Deutschland bzw. in die besetzten Gebiete des Ostens.

1983–1999 war er neben Gastprofessuren in Ljubljana und Triest als Universitätsdozent und in der Folge als außerordentlicher Universitätsprofessor in Wien tätig. Ab Dezember 1999 war Karl Stuhlpfarrer Ordinarius für Zeitgeschichte an der Universität Klagenfurt. Dort übte er 2001/2002 die Funktion des Vizedekans und 2002–2007 des Dekans der Fakultät der Kulturwissenschaften aus.

In seinen zahlreichen Forschungsarbeiten setzte sich Karl Stuhlpfarrer insbesondere mit aktuellen Fragen des Alpen-Adria-Raumes, der Erweiterung der Europäischen Union, der Situation der SlowenInnen in Kärnten sowie mit der NS-Vergangenheit Österreichs (Holocaust, Widerstand und Verfolgung in Kärnten, Erinnerungskultur) und dem italienischen Faschismus auseinander.

Radomír Luža (1922–2009)

Der US-tschechische Historiker em. Univ.-Prof. PhD. JUDr. Radomír Luža, Widerstandskämpfer in Tschechien und Autor der ersten umfassenden Gesamtdarstellung des österreichischen Widerstandes 1938–1945, starb am 25. November 2009 im 88. Lebensjahr in Philadelphia.

Radomír Luža, geboren 1922 in Prag, wurde als 19-Jähriger festgenommen und mehrere Wochen in einem Gestapofängnis inhaftiert, nachdem sein Vater – ein hochrangiger tschechischer Militärangehöriger – 1941 in den Untergrund gegangen war. Nach seiner Freilassung schloss sich Radomír Luža ebenfalls dem tschechischen Widerstand an.

Nach Kriegsende studierte er an der Juristischen Fakultät der Masaryk-Universität in Brno/Brünn. Als politischer Exilant nach dem Prager Putsch 1948 gelangte er – über Frankreich – 1953 in die USA und studierte dort europäische Geschichte an der New York University. 1967 bis 1993 war Radomír Luža als Professor an der Tulane University in New Orleans tätig, wo er europäische und deutsche Geschichte lehrte. Über Einladung von Václav Havel unterrichtete er auch an der Masaryk-Universität.

In seinen zahlreichen Veröffentlichungen beschäftigte sich Radomír Luža immer wieder mit dem Widerstand in Tschechien und Österreich, was zu engen Kontakten mit dem DÖW führte. So veröffentlichte Luža 1985 – gestützt auf die Sammlungen des Dokumentationsarchivs – eine umfassende quantitative Studie über den politisch organisierten österreichischen Widerstand (*Der Widerstand in Österreich 1938–1945*). Seine Erinnerungen publizierte er gemeinsam mit Christina Vella 2002 unter dem Titel *The Hitler Kiss. A Memoir of the Czech Resistance*.

Ausstellung: *Die Kinder von Maison d'Izieu*

Das Kinderheim von Izieu (80 km von Lyon entfernt) beherbergte über 100 jüdische Kinder verschiedener Nationalität, deren Eltern bereits von den Nationalsozialisten deportiert worden waren. Am 6. April 1944 wurden 44 Kinder – sieben davon aus Wien – und ihre ErzieherInnen festgenommen und deportiert. Zwei Jugendliche wurden in Reval (Estland) erschossen, die übrigen Kinder wurden in Auschwitz kurz nach ihrer Ankunft vergast. Die Geschichte der sieben österreichischen Kinder wurde u. a. auch im DÖW recherchiert.

Die Ausstellung wird bis 9. April 2010 in Wiener Berufsschulen und anschließend in den übrigen Bundesländern gezeigt.

Informationen zu den Ausstellungsorten und -terminen, Filmvorführungen, Bildmaterial sowie ein Katalog zum Downloaden im Internet: www.millisegal.at.

NEUES VON GANZ RECHTS

Neonazis gratulieren Lüftl und FPÖ-Bürgermeister

Die neonazistische Internetsite *alpen-donau* feierte am 19. Dezember das *Goldene Ingenieursdiplom*, das der bekannte Gaskammerleugner Walter Lüftl von der TU Wien überreicht bekommen hatte. Die „aufgeregte Judenpresse“ würde sich darüber empören, da Lüftl „es in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gewagt [hat], eine technische Fachmeinung zu bestimmten Glaubensdogmen zu publizieren“, sprich mit den Gaskammernorden einen zentralen Aspekt des Holocausts in Frage zu stellen. Die Neonazis legen neben ihrer Gratulation auch gleich den Link zu Lüftls „Report“ und hoffen, dass „der Rektor der TU, Peter Skalicky, standhaft“ bleibt und nicht „dem Druck der Gosse erliegt“. Während Lüftl die KritikerInnen der Ehrung noch mit „gewisse Kreise“, „Linke“ und „Gutmenschen“ umschreibt, halten sich die Neonazis nicht zurück und hetzen einmal mehr offen gegen die „Juden“. (*Zur Aberkennung dieser Auszeichnung siehe Kasten rechts.*)

Am 23. Dezember freute man sich auf *alpen-donau* über den „Widerstand“ der

kleinen Marktgemeinde Neumarkt (Bezirk Murau): Diese „hat unter der Führung des FPÖ-Bürgermeister Reinhard Racz nicht vor, irgendwelche antifaschistischen Ausstellungen zuzulassen“. Die *Kleine Zeitung* wollte in Zusammenarbeit mit dem Künstler Jochen Gerz auch Neumarkt in ein (künstlerisches) Projekt zur Erinne-

rung an und Aufarbeitung der Nazi-Gräuel einbeziehen. Jedoch sprachen sich im Gemeinderat nur die MandatarInnen der SPÖ dafür aus. Bereits 2007 sorgte Racz für Aufregung, als er eine Gedenktafel für die (illegale) Nationalsozialistin und Blut- und Boden-Dichterin Agnes Millonig verteidigte. „Kreaturen“ und „menschlicher

TU Wien widerruft Ehrung von Walter Lüftl

Die heftigen Proteste nach der im Dezember 2009 erfolgten Verleihung des *Goldenen Ingenieursdiploms* 50 Jahre nach Studienabschluss an Dipl. Ing. Walter Lüftl zeitigten Wirkung. Den Empfehlungen einer von der Technischen Universität (TU) Wien eingerichteten Kommission folgend wird das Rektorat der TU Wien diese Auszeichnung förmlich widerrufen.

Lüftl verfasste 1991 mehrere Stellungnahmen, in denen er die technische Möglichkeit des Massenmordes an Jüdinnen und Juden in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau bestritt. Eine gegen ihn angestrebte Voruntersuchung wegen Verdachts der NS-Wiederbetätigung wurde 1994 eingestellt – österreichische und ausländische rechtsextreme Zeitschriften feierten dies seinerzeit als Sieg des „Revisionismus“.

Die Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust („Auschwitzlüge“) ist ein zentraler Themenbereich des „Revisionismus“. Mit „revisionistischen“ Geschichtsfälschungen setzt sich die DÖW-Publikation *Wahrheit und „Auschwitzlüge“* auseinander, in der u. a. die angeblich naturwissenschaftlichen „Beweise“ von Walter Lüftl und Konsorten widerlegt werden: *Brigitte Bailer / Wolfgang Benz / Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Wahrheit und „Auschwitzlüge“. Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Propaganda, Wien 1995, 304 S., Sonderpreis EUR 13,-*

Unrat“ wie der steirische Landesrat Kurt Flecker (SPÖ) würden demgegenüber versuchen, den Nationalsozialismus und die Kriegsgeneration zu verunglimpfen und zu besudeln. Ein Bild Fleckers untertitelt die Neonazis mit der Drohung „Einst kommt der Tag der Rache!“, was angesichts des in diesem Milieu vorherrschenden extremen Gewaltpotentials leider ernst zu nehmen ist.

Dezember 2009

Antimuslimischer Rassismus und Familienidylle bei Mölzer

Entsprechend euphorisch wurde in *Zur Zeit*, dem Wochenblatt des FPÖ-MEP Andreas Mölzer, der Ausgang des Anti-Minarett-Volksbegehrens in der Schweiz kommentiert. Es lag einmal mehr an Martin Pfeiffer, dabei die schrillsten Töne anzuschlagen (*Zur Zeit* 51/2009, S. 5): Der *Aula*-„Schriftleiter“ sieht sich von „Gutmenschen“, „vaterlandslose[n] Gesellen“, „Pfeffersäcke[n]“ und „Minarettfetischisten“ umzingelt. Ihnen gegenüber stehe das Volk, das „die Umgestaltung des Abendlandes in ein morgenländisches Multikulti-Babel durch die permanente Immigration kulturfremder Zivilokkupanten“ beenden möchte. Pfeiffers Säuberungs- und Homogenisierungsphantasie gipfelt in der Forderung nach einem „Ausländerrückführungsprogramm für verhaltensauffällige Fremde“.

Auch Heinz Thomann, der zuletzt die „Verbrechen“ des „Zionistenstaates“ auf

einen „Vernichtungswahn im talmudischen Geist“ zurückführte (*Zur Zeit* 16/2009, S. 8), widmet sich der angeblich drohenden „Islamisierung“ und der „ständig zunehmenden Überfremdung“.

Thomann sieht seine „nationale Identität“ in Gefahr und über die „in Jahrtausenden gewachsene Kultur [...] konstant und systematisch das Dach des globalistischen Internationalismus gespannt.“ (Ebenda, S. 8)



Romig über den „jüdische[n] Revolutionär“

„Wer die Hintergründe des Finanz-Tsunami zu erfassen sucht“, dem empfiehlt Friedrich Romig in der *Aula* (12/2009, S. 12) das antisemitische Machwerk von E. Michael Jones, *The Jewish Revolutionary Spirit*. Dort könne der geneigte Leser erfahren, dass „seit dem Auszug der Juden aus Ägypten“ diese eine Revolution nach der anderen anzettelten und so „unsägli-

ches Leid verursacht“ hätten. „Juden haben ihre geistigen Kräfte mit Albigenesern vereint, sie wirkten mit an der hussitischen Revolution und an der lutherischen Reformation und standen an der Wiege des modernen Englands der Puritaner. Die ‚Aufklärung‘ und die durch sie ausgelösten Revolutionen in Frankreich und vielen Ländern Europas sind weitgehend ihr Werk.“ (Ebenda)

Der Grund für Jones (und Romigs) antijüdischen Furor wird gleich mitgeliefert: „der Jude“ sei deshalb „revolutionär“, weil er „Jesus Christus nicht als den Messias anerkennt“. Stattdessen führe er seit mehr als 2000 Jahren einen (heimlichen) Krieg gegen das Christentum. Heute machen Jones und Romig „den Juden“ für fast alles verantwortlich: „Pornographie, Sexualunterricht ab dem Kindergarten, Rechte von Homos, Feminismus, Göttinnenverehrung des New Age, Abtreibung, Ehebruch, Scheidung, Partnertausch, Inzest, Pädophilie, Selbstbefriedigung, künstliche Befruchtung, embryonale Stammzellenforschung“ ... (ebenda).

Unter den Leserbriefschreibern der Dezember-Ausgabe findet sich Neobundesrat Elmar Podgorschek: Der oberösterreichische FPÖ-Politiker dankt der *Aula* und „deren Redakteuren [...] für ihre Gesinnungstreue“. (Ebenda, S. 39) Das rechts-extreme Blatt stelle „einen Stachel in der fast gleichgeschalteten österreichischen Medienlandschaft dar“, sehr zum Ärger der „Gutmenschen“, die am liebsten „allen nonkonformistischen Medien die Lizenz zum Schreiben“ entziehen würden.

REZENSIONEN

**Schmid, Harald (Hrsg.):
Geschichtspolitik und kollektives
Gedächtnis: Erinnerungskulturen in
Theorie und Praxis. Göttingen:
V&R Unipress 2009. 275 S.**

Seit den 1980er Jahren können nicht nur ein Geschichts-, Gedächtnis- und Erinnerungsboom konstatiert werden, sondern auch das Anwachsen der entsprechenden publizistischen und wissenschaftlichen Literatur. Der vom Hamburger Politikwissenschaftler Harald Schmid edierte Band *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis*, der auf eine interdisziplinäre Konferenz an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Jahre 2008 zurück-

geht, kann als diesbezügliche Zwischenbilanz gelesen werden.

Der Übergang von Geschichtspolitik als „publizistischer Kampfbegriff zum Forschungskonzept“ (S. 53) fand laut Schmid in der Bundesrepublik zwischen den 1970er und 1990er Jahren mit dem Historikerstreit Mitte der 1980er als herausragendem Scheidepunkt statt. Neben PolitikerInnen und Medien erkennt Schmid GeschichtswissenschaftlerInnen als wichtigste AkteurInnen in diesem Feld. „Die Historiker schließlich, qua Profession zuständig für die Systematisierung und Objektivierung des Vergangenheitswissens, stehen aufgrund ihrer öffentlichen Wirkung in arger Versuchung, unter der Tarnkappe der Geschichtswissenschaft zum Geschichtspolitikern und so zur Legitima-

tionswissenschaft zu mutieren.“ (S. 73) Relevante Konzepte wie Erinnerungsorte (Etienne François), politische, kulturelle und soziale Überformungen von Gedächtnis (Heidemarie Uhl), die Integration kollektiver Erinnerung in politische Systeme (Horst-Alfred Heinrich), die Bedeutung der Kategorie *sozialer Raum* (Knud Andresen) und die Übersetzung von Erlebnissen und Ereignissen in Sprache (Christine Kirchoff) werden auch in den anderen Texten im ersten Abschnitt des Buches referiert. François reißt an, dass neuere Forschungsprojekte nach europäischen und somit den nationalen geschichtspolitischen Rahmen übergreifenden Erinnerungsorten suchen. Uhl erklärt am Beispiel der 2009 durch das Europäische Parlament beschlossenen Wid-

mung des 23. August (des Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes von 1939) als gemeinsamen Gedenktag für die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus, dass auf europäischer Ebene Geschichtspolitik gemacht wird, jedoch auch aufgrund fehlender medialer Rezeption (noch) nicht von einem *europäischen Gedächtnis* die Rede sein kann.

Der zweite Teil der Veröffentlichung umfasst Einblicke in rezente empirische Arbeiten aus den Themenfeldern Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und kollektives Gedächtnis. Malte Thießen plädiert für das Zurückbringen von Geschichtspolitik in den geographischen Nahbereich und konkretisiert seine Forderung mit einer Studie über den Umgang Hamburgs mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus. Allerdings räumt Thießen ein, dass lokale Geschichtsforschung heute leichter ist, da nunmehr kaum persönliche Konsequenzen zu befürchten sind. Gleichfalls mit der Hansestadt, jedoch mit Geschichtspolitik in der Weimarer Republik, beschäftigt sich Janina Fuge, die aufzeigt, dass das von Edgar Wolfrum geprägte Erklärungsmodell vom „Bürgerkrieg der Erinnerungen“ durch das Bild der Pluralität von Erinnerungen differenziert werden soll. Generationsspezifische Erinnerungsmuster werden bei Jürgen Reulecke u. a. am Beispiel der Biographien von Johannes Rau (Jg. 1931) und Rudi Dutschke (Jg. 1940) essayistisch behandelt. Vergleichend ausgerichtet ist das vielversprechende Dissertationsvorhaben von Marcel vom Lehn, der die Rolle westdeutscher und italienischer NachkriegshistorikerInnen als öffentliche Intellektuelle untersucht.

Drei weitere Aufsätze nehmen skandinavische Gesellschaften und ihre traditionellen Geschichtserzählungen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust unter die Lupe. Karl Christian Lammers setzt sich mit dem besetzten Dänemark und dem neutralen Schweden auseinander, wobei selbstverständlich die Rettung des Großteils der dänischen Juden/Jüdinnen einen zentralen Platz einnimmt. Katharina Pohls Überblicksartikel zu vergangenheitspolitischen Debatten in Norwegen, dessen Kollaborationsrolle zur Revision nationaler Mythen in den 1990er Jahren führte, wird durch eine beeindruckende Studie von Claudia Lenz ergänzt. Lenz führte bei der Eröffnung des Osloer *Center for Studies of Holocaust and Religious Minorities* (2001) und der Gedenkstätte im ehemaligen NS-Gefangenenlager *Falstadcenter* in der Nähe Trondheims

Herbert-Steiner-Preis 2010

Der nach dem Mitbegründer und langjährigen Leiter des DÖW und der International Conference of Labour and Social History (ITH) Herbert Steiner († 2001) benannte Preis wird vergeben für wissenschaftliche Arbeiten in deutscher oder englischer Sprache, die noch nicht veröffentlicht (gedruckt) sind, zu den Themen

- Widerstand/Verfolgung/Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus sowie der Umgang mit dieser Vergangenheit nach 1945 und
- Geschichte der Arbeiterbewegung.

Der Preis soll in erster Linie die Überarbeitung wissenschaftlicher Manuskripte für die Veröffentlichung ermöglichen. Die eingereichten Arbeiten werden von einer unabhängigen Jury begutachtet. Vergeben werden ein Herbert Steiner-Preis sowie Herbert Steiner-Anerkennungspreise (Gesamtausstattung: EUR 10.000,-).

BewerberInnen werden gebeten, folgende Unterlagen **bis 31. Mai 2010** per e-mail an herbert.steiner.preis@doew.at zu übermitteln:

- Lebenslauf und ggf. Publikationsliste.
- Beurteilbares wissenschaftliches Manuskript (auch Diplomarbeiten oder Dissertationen) zu den oben genannten Themen. (Bitte senden Sie zwei Ausdrücke der Arbeit per Post an: Herbert-Steiner-Preis, c/o DÖW, z. H. Christine Schindler, DÖW, Wipplingerstr. 6–8, 1010 Wien.)
- Abstract der Arbeit.

(2006) Interviews mit zufällig anwesenden BesucherInnen. Mit diesen Momentaufnahmen gelingen Einblicke in das Verhältnis von privater Erinnerung und offiziellem Sprechen über Vergangenheit.

Der vorliegende Sammelband vereint theoretische und empirische Annäherungen an geschichts- und gedächtnispolitische Fragen in äußerst überzeugender Form. Bedauerlicherweise wurden die angesprochene Transnationalisierung und Europäisierung von Holocausterinnerungspolitik in keiner der Einzelfallstudien aufgegriffen. Ein lohnendes Vorhaben für ein weiteres Buchprojekt könnte die Anwendung der theoretisch fundierten Einsichten dieser Publikation auf nicht mit dem Nationalsozialismus zusammenhängende, möglicherweise außereuropäische Geschichtspolitiken und kollektive Gedächtnisse sein.

Elisabeth Kübler

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18. Berlin: Metropol-Verlag 2009. 347 S.

Das vom Historiker Wolfgang Benz, des Leiters des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, herausgegebene *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* versteht sich als Forum für wissen-

schaftliche Analysen nicht nur zur Judenfeindschaft, sondern allgemein zur Minderheiten- und Vorurteilsforschung. Die 14 Beiträge finden sich in fünf thematische Kapitel aufgeteilt:

Beim Thema *Antisemitismus* im engeren Sinne geht es um die Nutzung der Bezeichnung „Jude“ als Schimpf- und Schlagwort zum einen unter sächsischen Fußballfans und zum anderen unter Berliner und Pariser Muslimen sowie um die Adaption der *Protokolle der Weisen von Zion* in der arabischen Welt und die besonderen Ursachen für Judenfeindschaft im aktuellen Spanien. Unter der Überschrift *Vorurteile gegen Minderheiten* stehen deutsche Chinabilder zu Beginn des 20. Jahrhunderts, das Bild von den Sinti und Roma im italienischen Faschismus und das „Zigeunerkontinuum“ als Konstanz in der Beschreibung von deren Angehörigen im Zentrum des Interesses. Der Teil zu *Rechtspopulismus in Europa* widmet sich dem völkischen Denken und der antisemitischen Mobilisierung in Ungarn sowie den unterschiedlichen Bereichen des Rechtsextremismus in der Schweiz und der Feindbildkonstruktion bei dem Rechtspopulisten Geert Wilders in den Niederlanden. Unter der Überschrift *Nationalsozialismus* geht es um John Demjanjuk und die Rolle der Trawniki im Holocaust, das Ghetto Bershad

und Holocaust Education im frühen historischen Lernen. Als Dokumentation findet man Internet-Kommentare zum Dresdner Gerichtsmord an einer Muslima.

Erneut ist es dem Zentrum für Antisemitismusforschung gelungen, eine inhaltlich breite, inderdisziplinär ausgerichtete und analytisch orientierte Ausgabe des Jahrbuchs zu veröffentlichen. Insbesondere jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde darin ein Forum geboten, um ihre neueren Forschungsergebnisse zu präsentieren.

Armin Pfahl-Traugber

Wippermann, Wolfgang:
Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich. Berlin: Rotbuch-Verlag 2009. 160 S.

Kann man die DDR und das „Dritte Reich“ miteinander vergleichen? Oder läuft ein solche Perspektive auf die Verharmlosung der NS-Diktatur und ihrer Verbrechen hinaus? Dient sie den politischen Interessen der Konservativen und Rechten? Diese Fragen bilden den „roten Faden“ für Wolfgang Wippermanns Buch zum Thema. In *Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich* geht der Berliner Historiker von der weit verbreiteten Auffassung von den „beiden Diktaturen in Deutschland“ bzw. den „beiden totalitären Staaten“ aus. Wörtlich heißt es bei ihm: „Wird doch landauf, landab ständig von der ‚zweiten deutschen Diktatur‘ gesprochen, wenn die DDR gemeint ist. Die DDR bzw. der ‚SED-Staat‘ soll genauso totalitär wie der NS-Staat, Honecker wie Hitler, die Stasi wie die Gestapo, das berüchtigte DDR-Gefängnis Bautzen wie Auschwitz gewesen sein und so weiter und so fort.“ (S. 8) Gegen diese Sicht auf die deutsche Geschichte will der Autor mit seiner „Streitschrift“ (S. 122) argumentieren.

Sie gliedert sich in drei große Teile: Zunächst führt Wippermann die kritisierten Positionen auf die Extremismus- und Totalitarismustheorie zurück, welche er eher für Ausdruck von politischer Ideologie und unwissenschaftlicher Perspektive hält. Danach geht der Autor auf öffentliche Diskurse und Kontroversen anhand der Renaissance der Totalitarismustheorie, des Bildes von der „totalitären“ DDR und der Deutung der Stasi als „roter Gestapo“ ein. Und schließlich widmet er sich Institutionen und Personen am Beispiel der Enquetekommission zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Diktatur, des Forschungsverbands SED-Staat an der FU

Berlin oder der Gauck- bzw. Birthler-Behörde. Als Fazit formuliert Wippermann bereits im Vorwort: „Die Vergleiche und Gleichsetzungen von DDR und Drittem Reich sind weder empirisch noch theoretisch hinreichend zu begründen. Es handelt sich vielmehr um Ideologien, die zunächst gegenwartspolitischen Zielen dienen, konkret der Verteufelung der PDS/Die Linke und der Verklärung ihrer parteipolitischen Gegner.“ (S. 12)

Außerdem habe diese Sicht der Dinge eine folgenreiche vergangenheitspolitische Intention: „Nicht Drittes Reich und Holocaust sollen wie bisher im Mittelpunkt des kollektiven Gedächtnisses und Gedenkens stehen, die DDR bzw. ‚zweite deutsche Diktatur‘ soll hier einen möglichst ähnlichen und gleichberechtigten Platz erhalten.“ (S. 12) Die Dämonisierung des SED-Staates diene nicht zuletzt einer immer mehr um sich greifenden Täter-Opfer-Umkehrung. Und weiter heißt es: „Die DDR war unzweifelhaft deutsch und mit Sicherheit auch eine Diktatur – aber keine ‚zweite deutsche Diktatur‘, die mit der faschistischen zu vergleichen oder gar gleichzusetzen ist. Anderslautende Bekundungen sind bisher nicht bewiesen worden. Weder durch einen empirischen Vergleich beider Regime noch durch eine Theorie, die das zu Vergleichende auf den Begriff bringt, denn die in diesem Zusammenhang verwendeten, aber schon lange Zeit vorher entwickelten Begriffe und Theorien haben sich als unzureichend erwiesen.“ (S. 116) Wippermann stellte sein Buch als „Streitschrift“ vor. Ein solches Werk muss sich formbedingt nicht um Ausgewogenheit und Differenziertheit bemühen. Gleichwohl sollte auch eine „Streitschrift“ – insbesondere aus der Feder eines Wissenschaftlers – um die korrekte Präsentation

Diese Zeitung ist eine von
1.800 aus dem Leseprogramm von

EISENBACHER GmbH
MEDIENBEOBACHTUNG

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10
TEL.: 01/36060 - 5401; FAX: 01/36060 - 5699
E-MAIL: office@eisenbacher.net
INTERNET: www.eisenbacher.net

des Kritisierten bemüht sein. So etwas kann in Wippermanns Buch nur selten ausgemacht werden. Ständig wirft er in der Darstellung die Begriffe „Gleichsetzung“ und „Vergleich“ inhaltlich durcheinander: Eine „Gleichsetzung“ behauptet eine Identität, ein „Vergleich“ fragt nach Gemeinsamkeiten und Ursachen. Bei dem letztgenannten Verfahren kommt man zu dem Ergebnis, dass eines von beidem überwiegt. Wird das Kriterium „diktatorischer Staatstyp“ angelegt, so lautet das Ergebnis, dass DDR und „Drittes Reich“ diesem Regimetyp zuzuordnen sind. Damit verbindet sich keinesfalls die Aussage, die Folgen beider Systeme seien gleichrangig. Selbstverständlich hat die DDR keine Massenmorde an Jüdinnen und Juden umgesetzt und keinen Weltkrieg hauptsächlich zu verantworten.

Eine Gleichsetzung von Folgen der beiden Diktaturen behauptet wohl weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft jemand. Auch die einleitend zitierten Aussagen, wonach NS- und SED-Staat, Hitler und Honecker, Auschwitz und Bautzen, Gestapo und Stasi gleichgesetzt würden, bilden allenfalls einen „Strohmann“. Dabei handelt es sich um eine Manipulationstechnik, welche im Diskurs dem Kritisierten sachlich unangemessen eine absurde Position unterstellt, um ihn so einfa-

10. Gedenkfahrt nach Engerau

Sonntag, 28. März 2010, 8.00–18.00 Uhr

Organisation: Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider

Gedenkkundgebung beim Mahnmal für die ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen auf dem Friedhof von Petrzalka (Engerau) / Bratislava | Fahrt zu den Gedenksorten des ehemaligen Lagers Engerau in Petrzalka | Gedenkkundgebung beim Gedenkstein für ungarisch-jüdische ZwangsarbeiterInnen auf dem Friedhof und im Kurpark von Bad Deutsch-Altenburg | Gedenkfeier für die 155 in Bruck a. d. Leitha ermordeten ungarisch-jüdischen ZwangsarbeiterInnen im Stadttheater und auf dem Friedhof von Bruck a. d. Leitha.

Um Anmeldung bis zum 20. März 2010 wird gebeten: Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider, Tel. 01/22 89 469-315 oder e-mail: kuretsidis@hotmail.com | *Unkostenbeitrag*: 11,- Euro | *Detailliertes Programm*: www.doew.at (Veranstaltungskalender)

cher „widerlegen“ zu können. Derartiger Techniken bedient sich Wippermann vor allem im ersten größeren Teil seines Buches immer wieder. Mitunter behauptet er schlicht Falsches: Für den totalitären Charakter von Nationalsozialismus und Stalinismus gibt es sehr wohl Belege (vgl. S. 47), etwa in der von Wippermann in anderer Hinsicht mitunter zutreffend kritisierten Studie von Carl F. Friedrich. Wippermann spricht übrigens selbst von „beiden totalitären Regimen“ (S. 21) und widerlegt sich so mit der eigenen Wortwahl.

Mitunter ignoriert er gegenteilige Sachverhalte: So hat etwa der linke Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel (vgl. S. 134) sehr wohl vergleichende Betrachtungen im Sinne der Extremismus- und Totalitarismustheorie angestellt. Neuere Ansätze in der Diktaturforschung nimmt der Autor nicht zur Kenntnis, weder taucht die Forschungsübersicht von Detlef Schmiechen-Ackermann noch die Studie von Juan L. Linz zu Diktaturtypen in seinem Literaturverzeichnis auf.

Und schließlich verkennt der Autor auch: Die Totalitarismustheorien verstehen sich überwiegend als idealtypische Modelle. Insofern werden ihre Annahmen auch nicht durch die Detailforschungen der Faschismus- oder Kommunismusforschung widerlegt. Letztendlich sei noch auf folgenden Aspekt verwiesen: Sicherlich wird der DDR-„Drittes Reich“-Vergleich auch politisch instrumentalisiert, gleichwohl widerlegt dies nicht den inhaltlichen Kern der damit verbundenen Aussagen. Und: Die Extremismus- und Totalitarismustheorie wird nicht nur von Konservativen und Rechten vertreten.

Armin Pfahl-Traugher

Schieder, Wolfgang: Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland. Göttingen: Wallstein-Verlag 2009. 592 S.

Obwohl der Nationalsozialismus in der Literatur nicht selten als deutsche Variante des Faschismus bezeichnet wird, mangelt es immer noch an vergleichenden Betrachtungen zu dem italienischen Vorbild. Überhaupt spielt die Mussolini-Bewegung und -Diktatur in der deutschsprachigen Literatur eine mehr als nur untergeordnete Rolle, liegt doch noch nicht einmal eine ausführlichere Gesamtdarstellung zum Thema vor. Als einer der wenigen deutschen Historiker, die sich mit dem italienischen Faschismus näher beschäftigt ha-

Vortragsreihen im Veranstaltungszentrum des DÖW

In Kooperation mit dem DÖW bietet das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung auch im Frühjahrssemester 2010 zwei Vortragsreihen an.

Ort: Veranstaltungsraum Ausstellung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstr. 6–8, 1010 Wien (Eingang im Hof) | **Kosten:** jeweils EUR 6,- pro Vortragsreihe | **Information, Anmeldung:** Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung, Praterstern 1, 1020 Wien, Tel.: 01/216 19 62, e-mail: office@jud-institut-wien.at

Starke Frauen – Jüdinnen gegen Hitler

Kaum jemand denkt daran, dass auch aus den Reihen der am meisten verfolgten Menschen, der Jüdinnen und Juden, Widerstand geleistet wurde. Das widersätzliche und widerständige Handeln von jüdischen Frauen droht völlig aus dem Blick zu geraten. Dem soll diese Vortragsreihe abhelfen: Sie porträtiert Jüdinnen, die – in sehr verschiedenen Situationen – sich widersetzt, aktiven Widerstand geleistet oder in der Missachtung der Normen der NS-Diktatur noch andere Verfolgte unterstützt haben. Als Zeitzeugin berichtet Vilma Neuwirth über ihr Leben als Verfolgte in Wien.

Montag, 1. März 2010, 18.30 Uhr

Mag.^a Marlene Pühretmayr:

Steffi Bauer – eine Antifaschistin im Spanischen Bürgerkrieg

Montag, 15. März 2010, 18.30 Uhr

Dr.ⁱⁿ Elisabeth Klamper:

Franzi Danneberg-Löw – eine Fürsorgerin gegen die Verfolger

Montag, 8. März 2010, 18.30 Uhr

Univ.-Doz.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer:

Gerti Schindel – als Fremdarbeiterin getarnt gegen Hitler

Montag, 22. März 2010, 18.30 Uhr

Vilma Neuwirth:

Glockengasse 29 – Überleben in Wien

KZ-Verbrechen in Majdanek - Der Düsseldorfer Prozess

Mit Ausschnitten aus dem Dokumentarfilm von Eberhard Fechner

Das KZ Majdanek war eine zentrale „Relais-Stelle“ für den Massenmord der Aktion Reinhardt des aus Österreich stammenden SS- und Polizeiführers Lublin Odilo Globocnik. Zahlreiche österreichische Angehörige der Lagerwache, der in Lublin stationierten SS- und Polizeieinheiten sowie Kapos des KZ waren in die Verbrechen involviert. Den Prozessen der unmittelbaren Nachkriegszeit in Polen sowie der 1970er und 1980er Jahre in Deutschland (vor allem der Düsseldorfer Majdanek-Prozess von 1975–1981) mit mehreren Höchsturteilen standen in Österreich umfangreiche Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Graz gegenüber, die allerdings zu keiner Anklage führten.

Als zentraler Bezugspunkt der Vorträge dient der vierstündige Dokumentarfilm *Der Prozess* (1976–1984) von Eberhard Fechner, der in Ausschnitten gezeigt werden wird.

Dienstag, 27. April 2010

Dr. Winfried R. Garscha und Mag.^a Julia

Hartung: *Der Düsseldorfer Prozess (1975–1981) und seine filmische*

Dokumentation

Dienstag, 18. Mai 2010

Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider und

Mag. Siegfried Sanwald:

Hermine Braunsteiner und Erna

Wallisch – österreichische SS-Aufseherinnen in Majdanek

Dienstag, 4. Mai 2010

Dr. Winfried R. Garscha und

Dipl.-Ing. Andrzej Selerowicz: *Der Öster-*

reicher Globocnik und „sein“ KZ in Lublin

Dienstag, 25. Mai 2010

Dr.ⁱⁿ Claudia Kuretsidis-Haider

und Dipl.-Ing. Andrzej

Selerowicz:

Majdanek vor Gericht:

Höchststrafen – Skandal-

urteile – verweigerte

Gerechtigkeit

Dienstag, 11. Mai 2010

Mag.^a Julia Hartung und Mag. Siegfried

Sanwald: *Die Rolle der jüdischen*

ZeugInnen im Düsseldorfer Prozess

ben, gilt Wolfgang Schieder. Er lehrte lange Jahre als Professor für Neuere und Neueste Geschichte an den Universitäten Köln und Trier. Im Rahmen der damit verbundenen Forschungen entstanden in den 1980er bis 1990er Jahren eine Reihe von Aufsätzen, die nun erneut in kompakter Form in dem Band *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland* vorliegen. Sie wollen deutlich machen: „Man kann nicht vom Faschismus sprechen, wenn man nicht über den Nationalsozialismus reden will.“ (S. 7)

Die zwanzig Texte gliedern sich in vier Kapitel: Zunächst geht es um den Ursprungsfaschismus in Italien, wobei etwa der Strukturwandel der faschistischen Partei, die Kriegsorientierung und die Urbanisierungspolitik behandelt werden. Danach behandelt Schieder den italienischen Faschismus als Vorbild des Nationalsozialismus, bezogen auf das Mussolini-Regime als Gegenmodell in der Krisenphase der Weimarer Republik, aber auch das Verhältnis des Staatsrechtlers Carl Schmitt zu Italien. Dem folgend steht der Nationalsozialismus als deutscher Faschismus im Zentrum, jeweils mit Ausführungen zum Profil der NSDAP vor 1933 oder dem Verhältnis des deutschen Katholizismus zum Nationalsozialismus. Und schließlich betrachtet der Autor den italienischen und deutschen Faschismus im Vergleich, verbunden mit dem Aufkommen der Bewegungen aus der Krise der Moderne und des unfertigen Nationalstaats, aber auch hinsichtlich einer allgemeinen Faschismus-Typologie und fotografischer Inszenierungen der Diktatoren.

Zusammenfassend heißt es: „Die Wesensverwandtschaft der beiden Regime ergibt sich erstens aus ihrer Entstehungsgeschichte. Deutschland und Italien können gleichermaßen als verspätete Nationen angesehen werden, die [...] auch das Problem einer modernen Verfassungsschöpfung und das Problem des Übergangs in das Industriezeitalter zu lösen hatten. [...] Zweitens vollzog sich auch der Prozess der Machtergreifung Mussolinis und Hitlers auf ähnliche Weise. Es war die Doppelstrategie von Bürgerkrieg und parlamentarischer Koalitionspolitik, die sowohl Mussolini wie Hitler an die Macht brachte. [...] Beide Regime können drittens in ihrem Ursprung als Machtkartelle angesehen werden, in denen Mussolini bzw. Hitler ihre besondere Machtstellung einer Mittlerfunktion zwischen der radikalfaschistischen Bewegung und den kollaborierenden Machteliten verdanken. Beide Regime entwickelten sich aber viertens unterschiedlich fort, nachdem sich

Mussolini etwa 1929 und Hitler etwa 1937 endgültig durchgesetzt hatten.“ (S. 396) Trotz derartiger bilanzierender und vergleichender Betrachtungen liefert auch Schieder keine systematische Erörterung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Faschismus und Nationalsozialismus, handelt es sich doch um eine Sammlung von Aufsätzen zum allgemeinen Themenkomplex mit unterschiedlichen Detailstudien. Hinzu kommt, dass es den einzelnen Texten mitunter an einer klaren Fragestellung und Struktur mangelt. Gleichwohl verdient der Band aufgrund seines hohen Informationsgehalts und der inhaltlichen

Souveränität des Autors Aufmerksamkeit. Immer wieder können differenzierte Beurteilungen, erkenntnisfördernde Deutungen und neue Perspektiven ausgemacht werden. Dies gilt etwa für die Einschätzung des Kontextes von deutschem Katholizismus und nationalsozialistischer „Machtergreifung“ (vgl. S. 293 f.), die Interpretation des Generationenkonflikts im militärischen Widerstand (vgl. S. 312 f.) oder die vergleichende Betrachtung der fotografischen Inszenierungen von Hitler und Mussolini (vgl. S. 417–463).

Armin Pfahl-Traugber

Buchpräsentation: *Österreichs Spitzendiplomaten*

Die vom DÖW mitherausgegebene Publikation *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky* wurde am 14. Jänner 2010 im Rahmen der Podiumsveranstaltung *50 Jahre Außenministerium – Diplomaten auf dem Weg in die Zweite Republik* im Palais Epstein vorgestellt.

Die Publikation von Rudolf Agstner, Gertrude Enderle-Burcel und Michaela Follner gibt einen Einblick in die Geschichte des Auswärtigen Dienstes und setzt sich kritisch mit dem Verhalten der Spitzendiplomaten 1938–1945 sowie mit der Aufarbeitung des NS-Erbes in der Zweiten Republik auseinander.



Rudolf Agstner,
Gertrude Enderle-Burcel,
Michaela Follner

Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky
Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959

Hrsg. von der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien und dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Wien 2009, 630 Seiten, EUR 29,90

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber: Verein „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8. Vereinsvorstand: Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. Vizepräsidenten: KR Dr. Gerhard Kastelic, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer. Kassier: Prof. Dr. Jonny Moser. Kassier-Stv.: Othmar Burian. Weitere Mitglieder: Sr. Dr. Edith Beinhauer, Obersensrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Prof. Rudolf Sarközi, Bezirksvorsteher i. R. Dr. Richard Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. z. NR Mag. Terezija Stoisits, em. Univ.-Prof. Dr. Erika Weinzierl, MR Mag. Manfred Wirtitsch, Dr. Helmut Wohnout. Wissenschaftliche Leiterin: HR Univ.-Doz. Mag. Dr. Brigitte Bailer-Galanda. Kontrolle: OSR Dr. Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.
Richtung: Verbreitung von Informationen im Sinne der Grundsatzklärung des DÖW von 1963: „Das Archiv soll vor allem durch dokumentarische Beweise der zeitgeschichtlichen Erziehung der Jugend dienen. Sie soll mit den schrecklichen Folgen des Verlustes der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs sowie mit dem heldenhaften Kampf der Widerstandskämpfer bekannt gemacht werden. Das Archiv soll als bleibende Dokumentation verwahrt werden.“

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit: Eva Kriss, Elisabeth Kübler, Willi Lasek, Andreas Peham, Armin Pfahl-Traugber, Pia Schölnberger.

Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus), 1010 Wien; Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitternitzer, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at; Sekretariat, Tel. 22 89 469/319, Fax: 22 89 469/391, e-mail: office@doew.at; Homepage: <http://www.doew.at>).

Ich bestelle folgende Publikationen zum Sonderpreis für Abonnenten der *Mitteilungen*:

- Österreicher im Exil. Mexiko 1938–1947.** Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW. Deuticke 2002, 704 S., Bildteil. Leinen oder Karton € 15,-
Leinen ... Stück
Karton ... Stück
- Florian Freund, **Concentration Camp Ebensee.** Subcamp of Mauthausen, 2nd revised edition, Vienna 1998, 63 S., € 4,30
... Stück
- Jonny Moser, **Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945,** Wien 1999, 86 S. € 4,30
... Stück
- Josef Hindels, **Erinnerungen eines linken Sozialisten,** Wien 1996, 135 S. € 6,50
... Stück
- Kombiangebot Gedenken und Mahnen in Wien,** Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998 **und Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I,** Wien 2001. € 13,- (statt € 15,-)
... Stück
- Brigitte Bailer, **Wiedergutmachung kein Thema.** Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus. Löcker Verl. Wien 1993. 309 S. Ladenpr. € 27,60
... Stück
- Emmerich Tálos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer/Reinhard Sieder (Hrsg.), **NS-Herrschaft in Österreich,** öbv und hpt 2001, 959 S., Ladenpr. € 25,40
... Stück
- Gerhardt Plöchl, **Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA.** Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42, Wien 2007, 288 S., Ladenpr. € 9,90
... Stück
- Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.): **NS-Justiz in Österreich.** Lage- und Reiseberichte 1938–1945. Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 3, LIT Verlag 2004, LVIII, 503 S., **Sonderpreis € 25,-** (Ladenpr. € 49,90)
... Stück
- Hans Landauer, Erich Hackl, **Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939,** 2. erw. Aufl., Theodor Kramer Gesellschaft 2008, 270 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch.** Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-
... Stück
- Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran,** Wien 2003, 112 S., € 5,-
... Stück
- Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz: **Der Wille zum aufrechten Gang.** Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom BSA, Czernin Verlag 2005, 335 S., Ladenpr. € 23,-
... Stück
- Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis Haider, **Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag,** Clio 2007, 320 S., Ladenpr. € 25,-
... Stück
- Nachklang–Widerhall.** Ein Hörbuch mit Texten zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Doppel-CD, edition kult-ex 2007, Ladenpr. € 14,90
... Stück
- DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung.** Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50
... Stück
- DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition,** Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50
... Stück
- Wolfgang Stadler, „... **Juristisch bin ich nicht zu fassen.**“ Die Verfahren des Volksgerichts Wien gegen Richter und Staatsanwälte 1945–1955, LIT Verlag 2007, 397 S., Ladenpr. € 29,90
... Stück
- Erich Fein, **Die Erinnerung wach halten.** Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer, Wien 2008, 128 S., € 12,-
... Stück
- Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945,** Steinbauer 2008, 286 S., € 22,50
... Stück
- Bewahren — Erforschen — Vermitteln.** Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, 190 S., € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2008,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Antisemitismus, LIT Verlag 2008, 285 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Jahrbuch 2009,** hrsg. vom DÖW, Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand — Widerstand im Militär, LIT Verlag 2009, 321 S., Ladenpr. € 13,50
... Stück
- Martin Niklas, „... **die schönste Stadt der Welt.**“ **Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt.** Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 7, Wien 2009, 232 S., € 19,90
... Stück
- Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky.** Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90
... Stück

Alle angegebenen Preise exklusive Versandkosten.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/
Sponsoring.Post**
Verlagspostamt
1010 Wien

Zulassungs-Nr.
02Z031276 S